

oder Monate unter Druck steht, verengt sich der Fokus auf das Jetzt. Die Zukunft schrumpft weg. Entscheidungen werden kurzfristiger, impulsiver, defensiver. Nicht weil man dumm wäre, sondern weil das Gehirn auf diese Weise versucht, den Stress zu verringern.

Der Autor Rutger Bregman erklärt es so: Wer arm ist, ist wie ein Computer mit zu vielen Programmen, die gleichzeitig laufen. Er reagiert weniger gut, nicht weil er kaputt ist, sondern weil er überlastet ist. Dieses Muster wiederholt sich überall dort, wo Menschen permanent Mangel erleben. Sie treffen keine „schlechten Entscheidungen“, sie treffen die bestmögliche Entscheidung – aber halt unter Knappheitsdruck.

Die falsche Nullsummenlogik

Und nun kommt der entscheidende Schritt: Was individuell gilt, gilt auch gesellschaftlich. Wenn ganze Bevölkerungsschichten über Jahre hinweg unter Preisdruck, unsicheren Jobs, Wohnungsnot und kaputten öffentlichen Diensten leiden, entwickelt die Gesellschaft einen kollektiven Knappheitsmodus im Denken. Es verengt sich der politische Blick. Komplexe Lösungswege wirken überfordernd, einfache Botschaften plötzlich attraktiv. Alles wird zum Kampf um zu wenige Ressourcen. Das ist die Nullsummenlogik: Wenn andere etwas bekommen, bleibt für mich weniger übrig. Wenn jemand anderes „ein größeres Stück Kuchen“ hat, dann wird mein Stück kleiner. Keiner kommt auf die Idee: Dann backen wir eben mehr Kuchen. Denn eine Politik der Austerität erzählt uns: Nein, das geht nicht. Wir müssen verzichten. Dabei stimmt das objektiv nicht. Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt. Es gibt genug Wohlstand. Aber der ist sehr ungleich verteilt. Wir sparen bei öffentlichen Leistungen, aber nicht bei Vermögenden. Wir kürzen bei Pflege, Wohnen und Pensionen, erzählen aber gleichzeitig, man habe „über den Verhältnissen gelebt“.

Trügerische Erfahrungen bestärken falsche Theorie

Der angebliche Mangel ist das Ergebnis politischer Entscheidungen. Wenn Wohnungen knapp und immer teurer werden, spüren wir: „Da nimmt mir jemand etwas weg.“ Wenn der Arzt nur mehr Termine in sechs Monaten hat, spürt man: „Wir sind zu viele.“ Und weil diese Engpässe real erlebt werden, wirken rechte Erzählungen plausibel, obwohl sie inhaltlich falsch sind. Migration sei schuld. Sozialleistungen seien schuld. „Die anderen“ seien schuld. Nullsummenlogik braucht keine Beweise, sie braucht nur einen Mangel, den ich erlebt habe. Diese „Logik“ wird jetzt in Zeiten des Sparens nochmal kräftig befeuert. „Wir haben über unseren Verhältnissen gelebt“, „Jeder muss was beitragen“, „Alle müssen den Gürtel enger schnallen“ und so weiter und so weiter.

Die autoritäre Basis

Robert Misik beschreibt diese Rhetorik als „Kult der Härte“: Härte für die, die ohnehin wenig haben; Schonung für die, die viel besitzen. Es ist eine Erzählung, die Härte idealisiert und Empathie als Schwäche abwertet. Und genau diese Härte-Erzählung bringt uns politisch dorthin, wo autoritäre Kräfte seit jeher ihre Energie beziehen: aus dem Gefühl, allein gelassen zu sein. Wenn öffentliche Dienste geschlossen werden, wenn der Bus nur noch einmal am Tag fährt, wenn die Kinderbetreuung ausgedünnt ist, wenn Schulen nicht renoviert werden und Wohnbauprogramme versanden, dann bröckelt das Vertrauen in die Demokratie. Demokratie lebt nicht nur vom Wahlrecht, sondern davon, dass Menschen spüren: Diese Gesellschaft sorgt auch für mich. Wenn der Staat aber nur noch als Bürokratie spürbar ist, nicht als Infrastruktur des Gemeinwohls, dann wird er zum Gegner. Der Journalist George Monbiot hat das treffend beschrieben: Wenn alles, was vom Staat sichtbar bleibt, Strafen, Regeln und Engpässe sind,

dann ist er Belastung statt Schutz. Dann kann er weg.

Abstiegsangst als Futter der Härte

Die Soziologie zeigt seit Jahren, dass es nicht die Ärmsten sind, die autoritäre Parteien wählen, sondern jene, die noch etwas zu verlieren haben: die untere Mittelschicht. Genau jene Menschen, die – wie der Soziologe Oliver Nachtwey es beschreibt – das Gefühl haben, auf einer Rolltreppe zu stehen, die nach unten fährt. Diese Abstiegsangst ist politisch explosiv. Sie macht empfänglich für jene, die versprechen, „Ordnung“ herzustellen, Grenzen zu schließen, „die da oben“ zu bestrafen und „die da unten“ ordentlich zu gängeln. Und dann kommt der Punkt, an dem autoritäre Politik als logische Lösung erscheint. Wenn alles knapp ist, braucht man jemanden, der verteilt. Wenn alles bedroht wirkt, braucht man jemanden, der schützt. Wenn rationale Debatten zu anstrengend sind, wirken Feindbilder befreiend.

Auf Systemfragen braucht es die richtigen Antworten

Das ist auch der Grund, warum fast die Hälfte der Menschen in Österreich einen Systemwechsel will. Wie Natascha Strobl betont, wollen viele nicht weniger Demokratie – sondern eine andere. Eine, die ihnen wieder das Gefühl gibt, dass das System für sie arbeitet. Weil dieses Bedürfnis politisch nicht aufgefangen wird, besetzen rechte Parteien das Feld. Sie bieten einen Systemwechsel an: Einen Systemwechsel weg von demokratischer Teilhabe hin zu autoritärer Kontrolle.

Dass es anders geht, zeigt das Beispiel des neuen Bürgermeisters Zohran Mamdani in New York. Mamdani durchbricht Knappheitsdenken, indem er ganz einfach sagt: Wir müssen nicht teilen, was kleiner wird. Wir lassen wachsen, was allen gehört. Er zeigt, dass öffentliche Investitionen, Mietendeckel, bessere Infrastruktur und klare

Ansagen gegen Immobilienlobbys nicht spalten, sondern verbinden. Seine Kampagne zeigt, dass Menschen sehr wohl bereit sind, ein mutiges, progressives Projekt zu unterstützen, wenn man ihnen erklärt, wie man den Kuchen vergrößert. Er zeigt: Das Gegenteil von Nullsummenlogik ist kollektiver Zuegewinn. Ein System muss funktionieren, damit es verteidigt wird. Damit sind wir wieder bei Österreich. Wenn wir verhindern wollen, dass die Demokratie von innen erodiert, reicht es nicht, sie abstrakt zu verteidigen. Man kann Menschen nicht auffordern, ein System zu schützen, von dem sie glauben, dass es sie nicht schützt. Also, man kann

schon, es wird nur nichts bringen. Jede Demokratie braucht ein ökonomisches Fundament. Sie braucht soziale Sicherheit. Sie braucht verlässliche öffentliche Dienstleistungen. Sie braucht ein Gefühl von Fairness.

Deshalb spricht die Ökonomin Isabella Weber heute von antifaschistischer Wirtschaftspolitik. Sie meint damit eine Wirtschaftspolitik, die Demokratie schützt, indem sie Unsicherheit abbaut. Preisstabilität bei Grundbedürfnissen. Leistbares Wohnen. Gute Löhne. Arbeitszeit, die ein Leben ermöglicht. Öffentliche Infrastruktur, die funktioniert. Und eine Steuerpolitik, die Wohlstand zirkulieren lässt und

Konzentration verhindert.

Das ist kein radikaler Systemsturz. Es ist schlicht die Rückkehr zu wirtschaftspolitischer Vernunft. Denn eine Demokratie, die Menschen in dauerhafter Knappheit hält, verspielt ihr eigenes Fundament.



Artikel erstmals online auf:
www.momentum-institut.at

Mag.^a Barbara Blaha, Leitung Momentum Institut und Momentum Kongress, Universitätsrätin der Universität Wien, Mitgründerin des Wiener Balls der Wissenschaften.

Auswirkungen des Klimawandels auf Pfarrgemeinden

Mit Praxisbeispielen, Diskussionen und neuen Impulsen setzte das siebte Weitblicktreffen der Klimabündnis-Pfarrgemeinden in Oberösterreich ein Zeichen für gelebten Klimaschutz.

Das jährliche Treffen der Pfarrgemeinden des OÖ-Klimabündnis-Netzwerks fand am Freitag, den 17. April im Pfarrheim Urfahr – St. Josef statt. Es ging diesmal um die Fragen: „Wie betrifft das sich ändernde Klima ganz konkret die Pfarrgemeinden selbst? Gibt es schon spürbare Veränderungen? Welche Gefahren verstärken sich gerade? Wie sollen sich die Pfarrgemeinden vorbereiten? Was bedeutet das jetzt und in den kommenden Jahren für unser pfarrliches Engagement?“

Den einleitenden Vortrag mit konkreten Informationen und Prognosen hielt Norbert Ellinger, Mitarbeiter in der Klimabündnis-Arbeitsgruppe Klimawandelanpassung.

Der Klimawandel ist auch bei uns bereits deutlich spürbar. Hitzewellen, extremere Trockenperioden, Unwetter und Überflutungen häufen sich. Betroffen sind wir alle, aber besonders die so genannten vulnerablen Gruppen von Menschen, die keine oder nur geringe Möglichkeiten haben, sich vor diesen Einflüssen zu schützen. Städte

und Gemeinden bereiten sich intensiv darauf vor. Informations- und Förderprogramme der Bundesregierung und der EU sind darauf ausgerichtet, dass neben dem unerlässlichen Klimaschutz auch alle Maßnahmen eingeleitet werden, um die Auswirkungen auf lange Sicht im Rahmen zu halten.

Bei dem Treffen mit 33 engagierten Teilnehmer:innen wurden zahlreiche Fragen und Erfahrungen geteilt. Ein Beispiel aus Linz/Urfahr: Im Rahmen des Projekts „Coole Orte“ – Teil des Linzer Hitzeschutzplans – suchen immer mehr Menschen an heißen Tagen Kirchen als kühle Rückzugsorte auf. Pfarrgemeinden sind eingeladen, diese Räume nicht nur bereitzustellen, sondern auch mit Begegnungs- und Aktivitätsangeboten zu gestalten – als Orte für Körper und Seele. Seelsorge in Krisenzeiten gewinnt dabei zunehmend an Bedeutung. Wichtig sind aber auch die vielen kirchlichen Projekte im Sinne der globalen Schöpfungsgerechtigkeit. Besonders in den Ländern des globalen Südens sind die Aus-

*DI Georg Spiekermann,
Betriebe im Klimabündnis OÖ,
Pfarrten im Klimabündnis OÖ*

wirkungen des Klimawandels massiv spürbar. Welche Aufgaben hier auf uns zukommen, ist noch unübersehbar.

Lucia Göbesberger, Umweltreferentin der Diözese Linz, stellte die neue Kommission für Umwelt und Schöpfungsverantwortung vor, die die Arbeit des bisherigen Fachausschusses Schöpfungsverantwortung übernimmt und direkt dem Bischof beigeordnet sein wird. Dietmar Kanatschnig, Beauftragter für Klimavorsorge und nachhaltige Entwicklung der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich, präsentierte abschließend die Ziele und Programme der evangelischen Kirche auf dem Weg zur Klimaneutralität.

Das Klimabündnis ist das größte Netzwerk von Städten, Gemeinden und Regionen in Österreich, welches sich konkret dem Klimaschutz und der globalen Klimagerechtigkeit widmet. Es umfasst allein in Oberösterreich bereits über 70 Pfarrgemeinden.

Tradwives – alte Rollenbilder neu verpackt

Eine perfekte Familie am gedeckten Tisch, die Mutter im Retro-Look der „guten alten Zeit“. Was wie Werbung aus den 1950er-Jahren wirkt, ist ein Social-Media-Trend: Unter dem Hashtag #tradwife inszenieren sich junge Frauen millionenfach als hingebungsvolle Hausfrauen und Mütter. Doch hinter der Ästhetik steckt mehr als Nostalgie.

*Mag.^a Eva Bauernfeind-Schimek,
Referentin im Fachbereich Gesellschaft
und Soziales*

Der Trend kommt aus den USA und hat längst Europa erreicht. Dabei wirkt seine Popularität paradox: In Österreich sind über 70 % der Frauen erwerbstätig, so viele wie nie zuvor. 53 % der akademischen Abschlüsse werden von Frauen erlangt, in den allermeisten Bereichen sind sie rechtlich gleichgestellt. Gleichzeitig bestehen weiterhin Gender Pay Gap, Gender Care Gap und strukturelle Benachteiligungen. In genau dieses Spannungsfeld stößt die Tradwives-Bewegung – und verspricht eine vermeintlich einfache Lösung: klare Rollen, klare Zuständigkeiten, klare Hierarchien.

Die Sehnsucht nach Einfachheit

Tradwives präsentieren eine Welt, in der der Mann als Versorger auftritt und die Frau als Hüterin des makellosen Heims. Transportiert werden diese Bilder fast ausschließlich über Social Media. Viele Influencerinnen auf TikTok oder Instagram betonen, sie hätten sich freiwillig für dieses Leben entschieden: Familie sei wichtiger als Karriere, und Weiblichkeit könne vor allem in den eigenen vier Wänden bewusst gelebt werden.

Nicht zuletzt reduziert dieses Modell Komplexität. In Zeiten von multiplen Krisen und der damit verbundenen gesellschaftlichen Polarisierung wirkt das Bild einer geordneten, überschaubaren Welt beruhigend. Der Blick auf vergangene Jahrzehnte vermittelt Stabilität und Wohlstand. Doch die „heile Welt“ von gestern war für viele Frauen keine: Sie durften ohne Zustimmung des Ehemannes oft nicht erwerbsarbeiten, hatten kein eigenes Vermögen und waren im Falle einer Scheidung existenziell bedroht. Selbstbestimmung, umfassende Bürgerrechte oder gleichberechtigter Zugang zu Bildung

waren keineswegs selbstverständlich. Wer diese Vergangenheit romantisiert, blendet ihre Schattenseiten aus.

Zwischen Lifestyle und Ideologie

Viele Videos und Fotos auf Social Media zeigen scheinbar harmlose Alltagsmomente: Kochen, Putzen, Kindererziehung. Doch vor allem in den USA positionieren sich zahlreiche Tradwives im konservativen bis rechtspopulistischen Spektrum. Das Ideal der untergeordneten Ehefrau fügt sich nahtlos in nationalistische und antifeministische Erzählungen ein. Auch im deutschsprachigen Raum lassen sich ähnliche Tendenzen beobachten. Von Backvideos führt der algorithmische Weg mitunter zu Inhalten über „Remigration“, „Gender-Ideologie“ oder angebliche Bedrohungen durch Feminismus. TikTok-User:innen sind zu 57 % weiblich und eine wichtige Zielgruppe. Dort werden unter #tradwife rund 70 Mio. Videos angezeigt. Tradwife-Content fungiert so als niederschwelliger Einstieg in eine antifeministische Umgebung und in ein digitales Umfeld, das Frauen für traditionelle Rollenbilder, begeistern soll. Parallel dazu erstarkt ein Mindset, das Männern eine natürliche Überlegenheit zuschreibt und Gleichberechtigung als Machtverlust deutet. Beide Strömungen bedienen sich alter Argumentationsmuster in neuem Gewand. Schon um 1900 wurden Frauen mit pseudowissenschaftlichen Thesen geistige Unterlegenheit attestiert, um ihnen Bildung und politische Teilhabe zu verwehren.

Das Geschäftsmodell der Abhängigkeit

Ein zentraler Widerspruch liegt in der ökonomischen Realität vieler Trad-

wives. Während sie finanzielle Abhängigkeit propagieren, sind sie selbst oft erfolgreiche Unternehmerinnen. Mit Millionen Social Media-Followern generieren sie Einnahmen durch Werbung, Kooperationen und eigene Onlineshops. Verkauft werden Vintage-Kleider, Schürzen, Sauerteigsets oder Lifestyle-Produkte. Die Inszenierung der „reinen Hausfrau“ ist damit zugleich ein lukratives Geschäftsmodell. Kritikerinnen sprechen von einer gefährlichen Illusion, denn das Ein-Verdiener-Modell ist für die meisten Familien wirtschaftlich kaum tragfähig. Steigende Lebenshaltungskosten machen zwei Einkommen häufig notwendig. Ehemalige Tradwives berichten online von existenziellen Krisen nach Trennungen, von fehlender Altersvorsorge und abgebrochenen Ausbildungen. Die romantisierte Abhängigkeit kann schnell zur realen Falle werden.

Nicht jede Frau, die sich für Haus- und Care-Arbeit entscheidet, ist Teil einer politischen Bewegung. Individuelle Lebensentwürfe verdienen Respekt. Problematisch wird es dort, wo ein historisch gewachsenes Machtgefälle als naturgegeben dargestellt und politisch instrumentalisiert wird. Der Trend ist damit weniger eine harmlose Retro-Ästhetik als Ausdruck eines größeren Rückschlags gegen feministische Errungenschaften. Er verspricht Sicherheit, produziert jedoch Abhängigkeiten. In einer Zeit, in der Gleichberechtigung weltweit unter Druck gerät, wirkt die Rückkehr zur „guten alten Ordnung“ sehr verführerisch – ist aber zugleich hoch riskant. Doch wer genauer hinsieht, erkennt: Hinter dem Lächeln und der Schürze stehen alte Machtverhältnisse, neu verpackt für den Algorithmus.

Papst Leo XIV. *Dilexi te* – Nähe zu Gott heißt Nähe zu den Armen

Am 9. Oktober 2025 hat Papst Leo XIV. sein erstes größeres Lehrschreiben veröffentlicht. Es trägt den Titel *Dilexi te* „Über die Liebe zu den Armen“ und knüpft bewusst an die Herz-Jesu-Enzyklika *Dilexit nos* von Papst Franziskus an.

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ theol. Klara-Antonia Csiszar,
Katholische Privatuniversität Linz

Franziskus hatte in seinen letzten Lebensmonaten ein Schreiben über die Sorge der Kirche für die Armen vorbereitet, konnte es aber nicht mehr vollenden. Leo XIV. übernimmt dieses Projekt und macht es zu einem seiner ersten Akte als neuer Papst.

Damit setzt er ein deutliches Zeichen: Die vorrangige Option für die Armen ist kein Randthema, sondern gehört ins Zentrum von Glauben und Kirche. Theologisch bringt *Dilexi te* eine Zuspitzung, die einfach klingt, aber viel Sprengkraft hat: Gottesliebe und die Liebe zu den Armen gehören untrennbar zusammen. „Für uns Christen führt die Frage nach den Armen zum Wesentlichen unseres Glaubens“ heißt es programmatisch. Nicht wir sind es, die großzügig zu den Armen „hinuntersteigen“, sondern Christus selbst kommt uns in ihnen entgegen; auf den verwundeten Gesichtern der Armen erkennen wir das Leid Christi.

Das wird mit einer biblischen Szene veranschaulicht, die wir gut kennen: der Salbung Jesu in Bethanien. Während die Jünger empört von Verschwendung sprechen und auf die Armen verweisen, erkennt eine namenlose Frau, wer Jesus in seiner Verwundbarkeit ist. Ihre liebevolle, verschwenderische Geste wird von Jesus verteidigt und für alle Zeiten in Erinnerung gerufen. *Dilexi te* liest diese Episode so, dass wahre Nächstenliebe nicht gegen die konkreten Leidenden ausgespielt werden darf. Liebe misst sich daran, ob sie die verletzlichen, einsamen, übersehenen Menschen im Blick behält.

Ein Kernstück des Schreibens ist die Rede von der „vorrangigen Option Gottes für die Armen“. Der Papst erinnert daran, dass dieser Ausdruck in der lateinamerikanischen Theologie geprägt wurde und inzwischen zum festen Bestandteil des kirchlichen Lehramts

gehört. Gemeint ist nicht eine Bevorzugung im Sinne von Ausgrenzung anderer, sondern eine Blickrichtung: Von den Schwächsten her wird sichtbar, wie Gott liebt – und wie Kirche leben soll. Armut ist dabei keine abstrakte Kategorie, sondern Arme sind „Fleisch Christi“.

Die Armen sind Mitte der Kirche

Das hat Folgen für das Selbstverständnis der Kirche. Die Armen sind nicht nur Zielgruppe kirchlicher Hilfe, sondern gehören zur Mitte der Kirche. Sie werden als „Schätze der Kirche“ beschrieben und als Subjekte des Evangeliums, deren Erfahrung und Glaubensweisheit die ganze Kirche braucht. Eine Kirche, die die Armen nur als Objekte von Fürsorge behandelt, verfehlt nach *Dilexi te* das Evangelium.

Konsequent weitet Leo XIV. den Blick von einzelnen Hilfsaktionen auf Strukturen. Deutlich spricht er von „Strukturen der Sünde“, also von tief verwurzelten wirtschaftlichen und politischen Ungerechtigkeiten, die Menschen in Armut drängen. Er stellt die Frage, welche Wirtschaftslogiken „töten“, weil sie Menschen als verzichtbar behandeln, und mahnt eine Umkehr in Richtung eines Reiches der Gerechtigkeit und Geschwisterlichkeit an. Scharf kritisiert er eine „spirituelle Weltlichkeit“ innerhalb der Kirche: eine Frömmigkeit, die sich in innerkirchlichen Themen einrichtet und die konkrete Not übersieht. Spirituelle Weltlichkeit zeigt sich für ihn dort, wo Christinnen und Christen die Nähe zu den Armen meiden und sozialpolitische Verantwortung ausblenden.

Dilexi te spricht auch von einer „mystischen Theologie der Armut“. Die Begegnung mit den Armen ist nicht nur moralische Pflicht, sondern ein

Weg der Heiligung; die Tradition, in den Armen einen bevorzugten Weg zu Gott zu sehen, wird neu belebt. Besonders eindringlich ist der Blick auf die Eucharistie: Wer an einem reich gedeckten Altar feiert und gleichzeitig den Hunger Christi in den Armen übersieht, verfehlt den Sinn der Feier.

Am Ende wird es sehr konkret. *Dilexi te* skizziert eine Kirche, die ihre Strukturen und Prioritäten überprüft: Gefordert werden Reformen, in denen die Stimmen der Armen tatsächlich gehört werden, eine Pastoral, die sie in den Mittelpunkt stellt, sowie eine Ausbildung, die soziale Gerechtigkeit und Spiritualität zusammen denkt. Die Armen sollen nicht nur Empfänger kirchlicher Angebote sein, sondern aktiv an Entscheidungen und am Evangelisieren beteiligt werden.

Dilexi te – vor Ort neue Wege suchen

Für Kirche und Gesellschaft eröffnet das Schreiben damit einen Prüfstein. Es fragt, wie ernst wir es mit Gerechtigkeit meinen und ob wir bereit sind, Lebensstil, kirchliche Gewohnheiten und politische Entscheidungen von den Verwundbarsten her zu denken. *Dilexi te* ist so gesehen nicht nur ein Text aus Rom, sondern eine Einladung, vor Ort neue Wege zu suchen – in Pfarren, Gemeinden, sozialen Initiativen, in Politik und Zivilgesellschaft.

Gekürzte Fassung nach:

Klara A. Csiszar,

Papst Leo XIV. *Dilexi te* – Eine Theologie der radikalen Nähe zu den Armen, in: KU Linz Online, 9.10.2025.ku-linz

Donald Trump zwischen Intervention und Isolation

Zwischen Isolationismus und Interventionismus: Donald Trump versucht, beide amerikanischen Traditionen zeitgleich zu verkörpern. Welche historischen Vorbilder gibt es? Und warum muss Europa trotz NATO-Abhängigkeit neue Wege wie „Soft Balancing“ suchen?

Univ.-Prof. Dr. Heinz Gärtner, lehrt Politikwissenschaft an der Universität Wien

Trump bewegt sich, durchaus vorhersehbar innerhalb der beiden amerikanischen Traditionen von Isolationismus und Interventionismus. Sie sind kein Widerspruch. Der Anspruch auf die Kontrolle der westlichen Hemisphäre liegt in der isolationistischen Tradition, gemäß der Monroe Doktrin des 19. Jahrhunderts, als die USA keinen ausländischen Einfluss duldeten. Die Intervention in Venezuela im Jänner 2026 und der Anspruch auf Grönland und den Panamakanal, die Drohungen gegenüber Kuba und Kolumbien sind Teile dieser Strategie.

Die das Gewaltverbot verletzende Angriffe auf den Iran im Juni 2025 und im Februar 2026 sind Zeugen des interventionistischen Amerika. Der historische Isolationismus dauerte von der Annahme der Verfassung 1787 bis zum Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg nach dem Angriff Japans auf Pearl Harbor 1941. Ein typischer Vertreter dieser Periode war Präsident Andrew Jackson (1829 – 1837). Er versuchte, äußere Streitigkeiten zu vermeiden, wurden sie jedoch von anderen begonnen, sah er keine Alternative zum Krieg. Unterbrochen wurde diese Periode des Isolationismus durch den Amerikanisch-Spanischen Krieg 1898 und den Ersten Weltkrieg. Mit William Kinley gab es während des Amerikanisch-Spanischen Krieges einen interventionistisch-expansionistischen Präsidenten. Von beiden hat Präsident Trump Bilder im Weißen Haus hängen.

Wenn Donald Trump in seiner Wahlkampagne die Beendigung der Kriege in der Ukraine und im Mittleren Osten, verkündete, um dann mehrere Interventionskriege anzufangen, verkörpert er beide amerikanischen Traditionen. Auch andere Präsidenten haben etwas weniger vollmundig ähnliche Versprechungen abgegeben. Dwight Ei-

senhower versprach den Korea-Krieg, Richard Nixon den Vietnam-Krieg und Barack Obama den Irak-Krieg zu beenden. Alle haben diese Versprechungen als Wahlkampfangement verwendet. Alle waren in der Folge in eine oder mehrere militärische Interventionen oder Militärputsche verwickelt. Eisenhower organisierte die Putsch im Iran und in Guatemala und intervenierte im Libanon. Nixon stand hinter dem Putsch gegen Präsident Allende in Chile und eskalierte im Gegensatz zu seinen Versprechungen den Vietnamkrieg. Obama intervenierte mit der NATO in Libyen und eskalierte den Krieg in Afghanistan. Ein ähnliches Oszillieren zwischen beiden Orientierungen findet man bei vielen Präsidenten, vielleicht nicht so sichtbar und radikal wie bei Präsident Trump.

Trump und NATO

Nicht nur Donald Trump, sondern fast alle Präsidenten vor ihm, hatten von den Europäern mehr Verteidigungsausgaben verlangt. Trump verband diese Forderung aber mit verstärkten Drohungen, die Europäer:innen im Zweifelsfall nicht verteidigen zu wollen. Die Forderung „Bring the Boys home“, also US-Soldaten aus Europa abziehen, stammt nicht erst von Trump, sondern aus der Zeit von Präsident Eisenhower. Alle Präsidenten seit George Washington warnten vor dem Verwickeln in Bündnisse („Entangling Alliances“). Donald Trumps Drohung, die Verpflichtungen der NATO nicht einzuhalten, wenn die Europäer:innen nicht mehr für die Verteidigung ausgeben, liegt daher in guter amerikanischer Tradition. Amerika aus verbindlichen Verpflichtungen herauszuhalten, ist keine Ausnahmeerscheinung in der amerikanischen Geschichte.

Trotz der Drohungen werden die

USA unter Trump die NATO nicht verlassen. Sie bietet mehrere Vorteile für die USA. Die USA haben einerseits die Möglichkeit der Einflussnahme auf Europas Entscheidungen. Andererseits nutzen die USA die militärische Infrastruktur, insbesondere die Basen, für ihre globalen Aktivitäten, auch für die Intervention im Mittleren Osten. Die NATO-Staaten selbst sind aber in einem Dilemma, zwischen Trumps Forderung, sich an einer Teilnahme im Krieg gegen den Iran zu beteiligen und der Gefahr, in einen weiteren Konflikt hineingezogen zu werden.

„Soft Balancing“

Hat Europa Möglichkeiten, etwas unabhängiger von den USA zu handeln? Aufrüstungsprogramme Europas werden dafür nicht ausreichen, weil sie auf absehbare Zeit ohnehin nicht mit den USA konkurrieren können. Wirtschaftliche oder gar militärische Konfrontation, um ein Gleichgewicht der Mächte mit den USA herzustellen, wird nicht erfolgreich sein. Weiche Maßnahmen („soft balancing“) würden Europa mehr Möglichkeiten bieten.

Rüstungsausgaben sollten lediglich dazu dienen, Präsident Trumps Wünsche nach mehr Verantwortungsübernahme zufriedenzustellen. Wirtschaftlich könnte man eine Reihe von Freihandelsabkommen mit Ländern des globalen Südens, wie etwa den BRICS-Staaten, schließen. Sie auf Länder zu beschränken, die „europäische Werte“ teilen, würde einen Großteil dieser Länder ausschließen. Die Gewinne würden über die Zeit hinweg, die zu erwartenden Strafzölle Trumps aufwiegen.

In Fragen der Rüstungskontrolle muss Europa die Initiative für eine Wiederbelebung des Vertrages über das Verbot von Mittelstreckenraketen

ergreifen, der 2019 von den Nuklearmächten aufgekündigt wurde. Die Stationierung dieser Raketen könnte einen Nuklearkrieg auf europäisches Territorium beschränken. Dem von Präsident Trump beklagten Zivilisationsverlust kann Europa begegnen, indem es Multilateralismus, Völkerrecht, Menschenrechte und Friedensbemühungen ohne zweierlei Maß anwendet.



Folgende Bücher sind im Fachbereich Gesellschaft und Soziales der Diözese Linz entlehnbar:

I. Dachwitz/S. Hilbig: Digitaler Kapitalismus. Wie Tech-Konzerne und Großmächte die Welt unter sich aufteilen.

C.H. Beck-Verlag, München 2025, 351 Seiten.

Aktueller könnte ein Buch nicht sein. Großmächte (USA, China, Russland) und die großen Tech-Konzerne wie Apple, Meta, Google, Amazon usw. dominieren die Weltpolitik und auch das Wirtschaftsgeschehen. Die neuen Kolonialherrscher erobern den digitalen Raum. Aber nicht nur Europa ist von ihnen abhängig, sondern vor allem der globale Süden. Soziale Medien werden zu Handlangern autoritärer Regime, globale Überwachung führt zum Verlust der digitalen Souveränität.

Anhand konkreter Beispiele, die anschaulich in einem Reportagestil geschrieben sind, wird das Buch gut lesbar und der Deutsche Sach-

buchpreis 2025 wurde zu Recht erhalten.

F. Burstein/P. Menasse: Generation Delta. Jenseits von Jung und Alt. Amalthea Verlag, Wien 2025, 224 Seiten.

Viele Krisen beruhen auf Misstrauen zwischen den Generationen. Anhand großer Themen, wie Klimawandel, Ideologie, Geschlechterverhältnis, Bildung und Arbeitswelt versuchen die beiden Autoren, die selbst unterschiedlichen Generationen angehören, in Form eines Gespräches die große Kluft zwischen ebendiesen zu überwinden. Ideologie und Selbstkritik spielen in diesem Gespräch eine große Rolle, es zeigt warum es gut wäre, sich nicht ständig zu maßregeln und die Meinung des Anderen stehen zu lassen, ohne zu bewerten. Ein realistischer Mittelweg zwischen unversöhnlicher Polarisierung und utopischem Harmoniebedürfnis. Informativ, aber unterhaltsam zu lesen.

K. P. Liessmann: Was nun? Eine Philosophie der Krise.

Zsolnay Verlag, Wien 2025, 238 Seiten.

Von der Krise der Freiheit zur Krise der Moral. In Form von Essays werden die verschiedenen Krisen behandelt: Krise der parlamentarischen Demokratie, der Toleranz, des Begehrens, der Wissenschaft im Zeitalter des Aktionismus, Cancel Culture und die Krise der Sprache, die Krise der Meinungsfreiheit, der Mobilität, der Kunst, der Auflehnung, der großen Gefühle, der Hoffnung und des Humors. Eine philosophische Analyse der gegenwärtigen Unsicherheiten ohne schnelle Lösungen. Weiter wie bisher ist keine Option. Kritisches Nachdenken über bestehende Einrichtungen, Überzeugungen und Denkweisen. Kritik an übermäßiger Moralisation im öffentlichen Diskurs. Jedes Kapitel endet programmatisch mit der Frage „Was nun?“ Eine Fülle von Anregungen zum eigenen Nachdenken, aber auch zum Widerspruch.



Das Lob der Hausfrau

Im Internet tut sich allerlei was! Wer zu niedrigen Blutdruck hat, findet sofort irgend einen dummen Trend, der die Arterienwände wieder bauscht. Die emanzipierte Frau regt sich aktuell über das Phänomen „Tradwife“ auf. Glücklicherweise, wenn Sie erst jetzt erfahren, dass es sich bei „Traditional Wives“ um junge Damen handelt, die unfassbar viele „Follower“ mit der Zurschaustellung extrem konservativer Rollenbilder anlocken. „Mein Mann hatte Lust auf Zitronenkuchen!“ säuselt die top geschminkte Retro-Influencerin im Rüschenbluserl. Man sieht ihr dabei zu, wie sie in kalifornischen Ländereien Bio-Früchte erntet, selbst buttert und Zuckerrohr quetscht. Am Ende strahlende Kinderaugen und ein Bussi vom Gatten. Ächz. Hallo, die 50er haben angerufen, sie wollen ihr Frauenbild zurück! Da sitzt man bestürzt im Kapuzenpullover im staubigen Büro, draußen geht ein Graupelschauer nieder und zu Mittag gibt's irgendwas von gestern. Rütteln wir dafür an den Mauern des Patriarchats, damit privilegierte Trullas uns den Segen von KKK vormachen (Kinder, Küche, Kirche – der KuKluxKlan ist sicher nicht weit)?

Wie war das mit der Selbstverwirklichung? Haben wir nicht dafür gekämpft, dass alle Frauen sein dürfen, wie sie selbst sich haben wollen? Sitze ich selbst nicht glücklich im Home Office seit 2008? Die eigene Mutter eine fürsorgliche Hausfrau, immer da für die Töchter, damit die später als erwachsene Kapuzenpulloverträgerinnen vom Patriarchat träumen? Und sind die Tradwives nicht in Wahrheit schlaue Geschäftsfrauen, die beneidenswert viel eigenes Geld verdienen? Es ist kompliziert, wie immer. Das eigene, bescheidene Fazit: Man kann sich ja selbst Hausfrau sein und von zuhause aus Kolumnen gegen das Patriarchat schreiben.

Ihre Weinbergschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse -
sse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - inter
e - interesse

TERMINE

Lehrgang Kulturgutpflege der Diözese Linz

Praxismodul Friedhof

*Best Practice und Impulsvorträge
Gestaltung – Ökologie – Recht
– Christliche Bestattungskultur –
Öffentlichkeitsarbeit*

Termin: Fr., 12. Juni 2026, 14.00 bis
ca. 19.00 Uhr

Leitung: Dr.ⁱⁿ Martina Gelsinger,

Dr.ⁱⁿ Heidi Pachner,

Mag.^a Lucia Göbesberger,

Dr. Michael Zugmann,

Clemens Frauscher

Mag.^a Andrea Mayer-Edoloei,

Ort: Friedhof und Pfarrheim Gurten
(Hofmark 31, 4942 Gurten)

Anmeldung/Infos:

Diözese Linz, Fachbereich Kunst, Ru-
digierstraße 10, 4020 Linz

Mail: kunst@dioezese-linz.at

☎ 0732/99 51 51 – 4520

www.dioezese-linz.at/kunst

Sozial-Politisches Gebet

Ein gutes Leben für alle.

Termin: Mo., 8. Juni 2026, 18.00 Uhr

Ort: Pfarrgemeinde Urfahr-St. Josef
Schulstraße 24, 4040 Linz

IN EIGENER SACHE:

Dieser Ausgabe der sozialen
Information "Interesse" liegt ein
Zahlschein für das Jahr 2026 bei.

Wir bitten Sie, uns auch in
diesem Jahr wieder mit einem
Druckkostenbeitrag von 10 Euro
zu unterstützen.

IBAN: AT37 5400 0000 0001 6972

Verwendungszweck: 4308/31231

Druckkostenbeitrag – Interesse

Vielen Dank dafür!

Das Redaktionsteam



INTERNATIONALES JÄGERSTÄTTER-GEDENKEN IN TARSDORF und ST. RADEGUND, OBERÖSTERREICH,

ZUM 83. TODESTAG FRANZ JÄGERSTÄTTERS 8. und 9. AUGUST 2026

- ❖ **8. August 2026 -**
18.00 Uhr Vesper in der Kirche St. Radegund, „Social Evening“ im Gasthaus Hofbauer.
- ❖ **9. August 2026 -**
- ❖ **Studienteil:**
9.30 Uhr im Gemeindesaal Tarsdorf mit
Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Pia Andreatta, Universität Innsbruck und
Univ.-Prof. Dominik Markl SJ, Universität Innsbruck
- ❖ **Fußwallfahrt:**
13.30 Uhr ab Tarsdorf
- ❖ **Andacht zur Todesstunde:**
16.00 Uhr in der Pfarrkirche St. Radegund
- ❖ **Eucharistiefeier mit P. Dominik Markl SJ:**
19.30 Uhr in der Pfarrkirche von St. Radegund eine Eucharistiefeier.
Das Gedenken endet mit einer *Lichterprozession zur Jägerstätter-Grabstätte.*

*Organisation und Durchführung sind die Jägerstätter-Kommission von Pax Christi
Österreich und die Pfarrgemeinde St. Radegund.*

*Genauere Informationen gibt es in Kürze auf www.paxchristi.at oder unter
office@paxchristi.at bzw. Tel. Nr. 0732/7610 - 3253*

Impressum: Inhaberin Diözese Linz (Alleininhaberin)
Herausgeberin und Verlegerin: Mag.^a Lucia Göbesberger, FB Gesellschaft und Soziales, Diözese Linz,
Bereich 3 Soziales & Caritas, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, ☎ (0732)7610 – 32 51
E-Mail: gesellschaft_soziales@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales/
Foto/Grafik: ©Diözese Linz
Die Inhalte müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.
Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., 4274 Schönau i.M., Niederndorf 15
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz /
Österreichische Post AG - MZ02Z031665M – Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84,
4020 Linz

